

„Die Versorgungssicherheit für Pflegebedürftige ist nicht mehr gewährleistet“



Von **Andreas Macho**
Reporter Wirtschaft & Innovation

Stand: 09:13 Uhr | Lesedauer: 4 Minuten



Die Zahl der Pflegebedürftigen lag 2023 bei rund 5,7 Millionen

Quelle: Jens Büttner/dpa

Die Zahl der Pflegebedürftigen in Deutschland hat sich binnen weniger Jahre fast verdoppelt. Der Grund dafür liegt jedoch nicht in der Überalterung der Gesellschaft, sondern hat politische Gründe. Finanziell wird es für Betroffene teuer.

Es waren dramatische Zahlen, die Christoph Straub, Vorstandschef der Krankenkasse Barmer, (<https://www.welt.de/themen/barmer/>) vorbrachte. „Die Zahl der Pflegebedürftigen hat sich in den Jahren 2015 bis 2023 von drei auf 5,7 Millionen Betroffene erhöht“, sagte Straub anlässlich der Präsentation des aktuellen Pflegereports der Barmer. In dem Report sucht die Barmer Antworten darauf, wie sich die Betroffenenzahl innerhalb so kurzer Zeit fast verdoppeln konnte.

So ließe sich der Anstieg laut Straub nur zu 15 Prozent auf die älter werdende Bevölkerung zurückführen. Einen viel wesentlicheren Grund für die Zunahme sieht Straub in der Pflegepolitik der vergangenen Jahre. Zugleich fordert der Barmer-Chef ein sofortiges politisches Umsteuern bei der [Finanzierung \(https://digital.welt.de/das-mega-risiko-pflege/\)](https://digital.welt.de/das-mega-risiko-pflege/) des Pflegesystems.

Der zunehmende Pflegebedarf in Deutschland und die explodierenden Kosten der Krankenkassen (<https://www.businessinsider.de/themen/krankenversicherung/>) sind eines der drängendsten Probleme der Gesundheitspolitik (<https://www.businessinsider.de/themen/gesundheit/>). Der aktuelle Pflegereport der Barmer wirft ein neues Schlaglicht auf das Thema und zeigt deutlich auf, wie politische Fehlentscheidungen die Pflegeproblematik noch befeuert haben. Auch deutliche Warnungen vor einer Überforderung des Pflegesystems finden sich in dem Pflegereport 2025 der Barmer.

Pflegereform von 2017 als Kostentreiber

Wenn nur 15 Prozent des dramatischen Anstiegs von Pflegebedürftigen auf die Alterung der Bevölkerung zurückzuführen sind, welche Gründe verbergen sich dann hinter den restlichen 85 Prozent? Als zentralen Treiber macht der Barmer Pflegereport eine politische Entscheidung aus dem Jahr 2017 aus: die damalige Pflegereform.

So hätte diese Reform zu einer Ausweitung des Pflegebedürftigkeitsbegriffs geführt und dadurch die Kosten getrieben. Die Reform hat laut dem Report „neben der Umstellung von Pflegestufen auf Pflegegrade zu einer deutlichen Leistungsausweitung geführt“.

Insgesamt hat das laut Barmer zu einer steigenden Zahl an Anträgen geführt – und an Bewilligungen. Dieser Anstieg erfolgte vor allem bei den Pflegebedürftigen mit geringeren Pflegegraden, die eher Pflegegeld als formelle Pflege in Anspruch nehmen. „Steigende Inzidenzen zeigen sich dabei insbesondere in Pflegegrad 1 und abgeschwächt in Pflegegrad 2“, heißt es im Barmer Pflegereport. Von den Hauptleistungsarten sei dabei insbesondere die Inanspruchnahme des Pflegegelds gestiegen.

Den Anstieg der Pflegezahlen bezeichnet der Barmer Pflegereport als „deutliches Warnsignal und Handlungsauftrag zugleich“. So würden die Zahlen klarmachen, dass die bisherigen Maßnahmen nicht ausreichen würden, um der wachsenden Inanspruchnahme der Pflege zu begegnen.

Das zeige sich etwa in den Pflegeeinrichtungen. „Während die Zahl der Pflegebedürftigen seit einigen Jahren stark ansteigt, wachsen die Kapazitäten für formelle Pflege im häuslichen Setting nur langsam und die Zahl der verfügbaren Plätze in der vollstationären Dauerpflege stagniert“, heißt es in dem Report der Krankenkasse.

Dabei wird in dem Report auch eine drastische Warnung ausgesprochen: „Im Ergebnis sind bereits heute erhebliche Versorgungslücken zu erkennen, die in Zukunft weiterwachsen werden, sodass die Versorgungssicherheit nicht mehr gewährleistet ist.“ Als Antwort auf die Probleme empfiehlt die Barmer eine bessere Verzahnung von ambulanter und stationärer Versorgung, innovative Versorgungsmodelle und den Einsatz digitaler Unterstützungssysteme.

Probleme würden sich laut dem Report auch bei der Finanzierung durch die Pflegeversicherung zeigen. So würden die durchschnittlichen Eigenanteile im ersten Jahr der Heimpflege inzwischen bereits bei mehr als 3100 Euro liegen.

Die Barmer beurteilt das als „weit jenseits dessen, was Pflegebedürftige mit durchschnittlichen Alterseinkünften finanzieren können“. Die Pflegeversicherung (<https://www.businessinsider.de/politik/rechnungshof-zwoelf-milliarden-defizit-in-der-pflegeversicherung/>) drohe damit ihr selbstgestecktes Ziel, pflegebedingte Verarmung zu vermeiden, zunehmend zu verfehlen.

Zudem drohe der Pflegeversicherung bereits in diesem Jahr ein Defizit, das in der Folge steigen würde. „Nun ist der Beitragssatz bereits in den letzten Jahren in immer kürzeren Abständen erhöht worden, so dass eine weitere Drehung der Beitragssatzschraube unrealistisch erscheint“, heißt es von der Barmer. Die Politik müsse daher Möglichkeiten finden, die Eigenanteile effektiv zu reduzieren und zu begrenzen, ohne den Beitragssatz anzuheben.

Auf Politik wartet „Mammutaufgabe“

„Zur finanziellen Entlastung der Pflegeversicherung und der Pflegebedürftigen müssen auch Bund und Länder viel mehr als bisher beitragen“, sagte Barmer-Chef Straub am Donnerstag. So hat die Gesundheitsministerkonferenz im Juli eine Bund-Länder-Arbeitsgruppe einberufen, die noch in diesem Jahr Eckpunkte einer großen Pflegereform vorlegen soll.

„Auf die Bund-Länder-Arbeitsgruppe wartet damit die Mammutaufgabe, die Pflegeversicherung zu reformieren und finanziell zu stabilisieren. Die Beitragszahlerinnen und Beitragszahler dürfen dabei nicht noch stärker belastet werden“, so Straub. Nötig seien unter anderem die Übernahme der Rentenversicherungsbeiträge für pflegende Angehörige durch den Bund und die Entlastung der Pflegebedürftigen von Investitionskosten und Kosten der Pflegeausbildung durch die Länder.

Dieser Artikel entstand in Zusammenarbeit mit „[Business Insider Deutschland](https://www.businessinsider.de/)“.

[Andreas Macho](https://www.welt.de/autor/andreas-macho/) ist WELT-Wirtschaftsreporter in Berlin mit dem Schwerpunkt Gesundheit.